

### Der grüne Teufelskreis

Ein Versuch, die Selbstlähmung der GRÜNEN als Ergebnis der rationalen Strategiewahl rivalisierender Flügel zu erklären und dabei den heuristischen Nutzen der spieltheoretischen Analyse zu demonstrieren.<sup>1</sup>

#### 1. Zum Hintergrund

Mit ihrem Einfluß auf politische Themen, Akteure und Konfliktkonstellationen sind die GRÜNEN zweifellos eine ungewöhnlich erfolgreiche Innovation im bundesdeutschen Parteiensystem. Sie erzielten diese Wirkungen allerdings nur solange, wie ihr Handeln als kollektiver Akteur den auf sie gerichteten Erwartungen zu entsprechen schien bzw. tatsächlich entsprach. Die WählerInnen der GRÜNEN und die mit ihnen konkurrierenden Parteien mußten annehmen können, daß die GRÜNEN nicht mehr als andere Parteien zögern würden, ihr Gewicht aufgrund von Wählerstimmenanteilen und einer evtl. errungenen Schlüsselrolle (als "Zünglein an der Waage") in Verhandlungen über politische Kooperationsgeschäfte einzubringen.

Diese Erwartung wurde von den GRÜNEN im hessischen Landtag bestätigt, aber anläßlich von Landtagswahlen im Saarland, in NRW, Hamburg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein glaubhaft und folgenreich dementiert. In einigen anderen Fällen (in Bremen, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und zur Bundestagswahl 1987) erklärten die GRÜNEN zwar ihre prinzipielle Bereitschaft zur parlamentarischen Kooperation, aber die dafür praktisch geeigneten Mehrheitsverhältnisse wurden verfehlt (entweder errang eine der großen Parteien die absolute Mehrheit oder GRÜNE und SPD blieben gemeinsam unter der Mehrheitsschwelle). Es kam zur "Degeneralisierung" der an die GRÜNEN wie an die anderen Parteien gerichteten Handlungserwartungen. Die Partei verlor Wähleranteile und ihr konkurrenzvermittelter Druck, insbesondere auf die SPD, ging zurück. Das ist weniger auf programmatische Innovationen und das markanter hervorgetretene Linksprofil der Partei zurückzuführen als auf die für viele unerwartete Beobachtung, daß parlamentarische Verhandlungsbereitschaft für die GRÜNEN nichts Selbstverständliches ist. In zwei Fällen (NRW 1985, Schleswig-Holstein 1987/88) scheiterten die GRÜNEN zum wiederholten Male an der

---

1) Das Papier ist die ausgearbeitete Fassung eines am 12.12.1988 im Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg gehaltenen Vortrags.

Fünf-Prozent-Hürde. In Hamburg verloren sie von 1986 auf 1987 einen erheblichen Stimmenanteil und verschafften der SPD die ansonsten nur schwierig zu rechtfertigende Option auf eine Wiederbelebung sozialliberaler Koalitionen.

Spätestens seit Anfang 1986 wird in den GRÜNEN der Preis ihrer strategischen Inkonsistenz registriert. Indem die Unsicherheit über ihre parlamentarische (Ver-)Handlungsbereitschaft dazu beitrug, das Wachstum ihres Stimmenanteils zu bremsen oder gar umzukehren, erlitten sie den Verlust ihrer bis dahin wichtigsten Erfolgsbedingung: nämlich auf Themen und Profil ihrer Konkurrenten allein schon im Medium der Konkurrenz einzuwirken - auch ohne Kooperationsgeschäfte ausdrücklich anzustreben oder zu praktizieren. Die unbezweifelten Belege für diesen Einflußmechanismus dienten insbesondere dem fundamentalistischen, nach eigenem Verständnis "radikalen", Flügel der "Ökosozialisten" und "Radikalökologen" zur Begründung seiner Behauptung, Kooperationsvereinbarungen seien prinzipiell entbehrlich.

Mit der Verschlechterung der politischen Wirkungschancen aufgrund stagnierender Stimmenanteile und des Bedeutungsverlusts als möglicher Partner für parlamentarische Bündnisse verstärken sich die Momente der Desintegration der GRÜNEN. Alle Teilgruppen der Partei vermissen heute deren einheitliche und verbindliche Handlungsfähigkeit, die als Voraussetzung jedweder Zielverwirklichung, sei es i.S. der ökologischen "Aufklärung" in öffentlichen Diskursen, sei es durch legislatives Handeln, sei es als Eroberung von Stellen und Mandaten für individuelle Karrieren, erscheint. Seit dem Frühjahr 1987 ist die Tagesordnung der partei-internen Willensbildung weniger vom einst dominierenden Thema der Kooperation mit der SPD, sondern vom Thema der "internen" Kooperationsfähigkeit der GRÜNEN beherrscht. Mit der Organisation des "Aufbruch 88" als dritter Strömung neben "Fundis" und "Realos" hat eine Gruppe grüner PolitikerInnen dem Reorganisationsprozeß der GRÜNEN eine gewisse Dynamik verliehen. Inzwischen wurde dem fundamentalistischen Bundesvorstand sein Versuch, Kritik an Finanzführung und Organisationsmanagement als strömungspolitisch provoziert abzutun, zum Verhängnis: Als Novum in der Parteiengeschichte der BRD verfügen die GRÜNEN seit Dezember 1988 über einen gerichtlich bestellten Notvorstand, dessen Repräsentativität nach Zeitungsberichten sogar ein Aspekt des Anerkennungsverfahrens gewesen war.

## 2. Faktionierung als Explanandum

Sowenig die Faktionierung "linker" Parteien als eine überraschende Beobachtung zu veranschlagen ist, da sie in der Parteiengeschichte zahllose Beispiele hat, sowenig ist es der grüne Strömungskonflikt. Die GRÜNEN gelten vom Zeitpunkt ihrer Gründung an als desintegriert. "Drohende Spaltung", "Spaltpilz", "Flügelkämpfe", "Die Grünen vermeiden den Bruch mit Mühe" - das sind Teile der Überschriften von wahllos herausgegriffenen Zeitungsartikeln des Jahres 1980. Der Konflikt zwischen zwei großen Meinungsblöcken ist von Anfang an endemisch und betrifft alle relevanten

Entscheidungsthemen: Satzung, Programm, Personen und Aktivitäten (bzw. Strategien).

Da innerparteiliche Konflikte, Faktionierung und interne Opposition mehr oder weniger ausgeprägt in allen Parteien vorkommen, ist das spezifische Problem der GRÜNEN nicht die Faktionierung an sich, sondern die Hilflosigkeit der Partei gegenüber diesem Strukturmerkmal, das ihr Erscheinungsbild und ihre Entwicklung wesentlich bestimmt: Die GRÜNEN erscheinen außerstande, die zentrifugalen Wirkungen der Faktionierung zu kontrollieren. Vielmehr bestätigt sich deren Persistenz an zwei Phänomenen.

(1) Personen, die nicht im Strömungskonflikt Position beziehen, in keiner Strömung "verankert" sind, sondern ein inklusives Organisationsinteresse vertreten möchten, können allenfalls auf der Regional- und Lokalebene erfolgreiche Parteikarrieren durchlaufen. Auf der Bundesebene der Partei (z.B. in Bundesdelegiertenversammlungen), wo sich bei anderen Parteien die "Integrationisten" mit Aspirationen auf die höchsten Partei- und Staatsämter umtun, bevorzugen die Grünen Strömungsprominenz gegenüber Organisationsloyalität. Hier ist kein Ort für Figuren vom Schlage eines Willy Brandt oder Helmut Kohl, die ein umfassendes und hinreichend diffuses Parteiinteresse zu legitimieren und dabei rechten wie linken Faktionierungseifer zu dämpfen verstehen.

(2) Desweiteren ist auf die hohe Instabilität der qua Mehrheitsentscheidung gefundenen Kompromisse hinzuweisen. War ein Thema an der Frontlinie zwischen den Strömungen plazierte, so entfaltet die Mehrheitsentscheidung oder der (seltene) inhaltliche Kompromiß nur sehr wenig pazifizierende Wirkung, sondern wird von der unterlegenen Minderheit unverzüglich in Frage gestellt. Das zeigt sich z.B. an der Ablehnung des zur Bundestagswahl 1987 verabschiedeten fundamentalistischen Wahlprogramms durch das realpolitische Lager. Es wiederholte sich mit der expliziten Kompromittierung einer realpolitischen Wahlaussage zur Bundestagswahl 1987 durch den Bundesvorstand und setzte sich 1988 fort, als letzterer per Zeitungsanzeige erklärte, die Bundestagsfraktion der GRÜNEN vertrete ihre Parteibasis nicht mehr (anlässlich eines Antrags zum Mindeststrafmaß bei Vergewaltigung in der Ehe).

Die Faktionierung der GRÜNEN hat 1988 eine Tiefe erlangt, die als bislang unerreicht gelten kann und von den Einheitsbekundungen der Strömungsrepräsentanten, die keine für sie "sichere" Teilungsoption erblicken, mehr bestätigt als dementiert wird. So mag zwar das jeweils als Mehrheit geltende Lager seinen innerparteilichen Konkurrenten immer wieder mit Seitenblick auf die Fünf-Prozent-Klausel zur Einheit - natürlich nur auf der Basis der für "günstig" eingeschätzten Beschlußlage - rufen, aber man registriert zugleich mit stillem Bedauern, wie die Angehörigen der unterlegenen Strömung ihre emotional naheliegende Abwanderungsneigung rational dämpfen, während außenstehende Interessenten aus Presse, Funk und Fernsehen beharrlich das Kappen bzw. den Parteiwechsel des oppositionellen Flügels empfehlen - je nachdem, ob es gerade die "Fundis" oder die "Realos" sind.

### 3. Ungenügende Erklärungen

Welche Ursachen sind für eine derart tiefe Faktionierung verantwortlich? Wie ist die Reproduktion einer Konfliktkonstellation zu erklären, die bislang jeden Vermittlungsversuch schon im Ansatz scheitern ließ und auch die Herausbildung einer "dritten" Kraft nicht eben zu erleichtern scheint?

Themen und Semantik des Konflikts vermitteln nur wenig Aufschluß, warum er so allgegenwärtig und dauerhaft ist. In den Selbstdeutungen der Akteure, an welche sich auch die meisten politikwissenschaftlichen Erklärungsversuche anschließen, wird alternativ oder komplementär auf drei interne Differenzierungslinien Bezug genommen, die es zu prüfen gilt:

- die **politische Vorerfahrung** der Akteure, insbesondere die Herkunft vieler Aktivisten aus den im Gefolge der Studentenbewegung entstandenen, durchweg marginal gebliebenen, teils aufgelösten, teils auf lokale Milieus zurückgeschrumpften sog. K-Parteien. Ihnen werden die "reinen" Ökologen, Naturschützer und "single-issue"-Bewegten gegenübergestellt. Der Kern des Konfliktes reduziert sich dann auf unterschiedliche Organisationszwecke: Aufbau einer (traditions-)sozialistischen Partei einerseits, einer eher linkslibertären und pragmatischen "Ökologiepartei" andererseits. Diese Deutung krankt daran, daß beide Ziele keineswegs unvereinbar sind, wenn verschiedene Zeithorizonte in Rechnung gestellt werden und der zweite Zweck als Durchgangsstadium zum ersten angesehen wird. Die Art, wie (ehemalige) K-Gruppen-Aktivisten die Differenz wahrnehmen ("Nüchterne Analytiker kontra naive Weltverbesserer"), liefert sogar einen Orientierungsrahmen für die gegenseitige Kooperation, wie sie in der Tat mehrere Jahre lang funktionierte.

- die **Unterschiedlichkeit parlamentarischer Vorlieben**. Während die einen durch "Aufklärung" einen Prozeß des politischen Lernens von Teilgruppen der Bevölkerung anstreben und dafür die parlamentarische Oppositionsrolle für besser geeignet als jede Form einer Regierungsbeteiligung halten, suchen die anderen "Veränderungen" im politischen Prozeß bzw. institutionelle Innovationen und hoffen, dieses würde ihnen am ehesten in festen Kooperationsbündnissen (z.B. Koalitionen) gelingen. Im Zentrum des Konfliktes steht damit das Mittelverständnis der Politik. Jedoch begründet die Differenz zwischen beiden Positionen schwerlich den wechselseitigen Ausschluß der jeweils "anderen" Option. Offensichtlich hat jedes Mittel neben seinem Eigenwert auch den Vorteil, als Ressource für den Einsatz des anderen wirken zu können: "Aufklärung" verbessert die Verhandlungsposition des fordernden Koalitionspartners. "Veränderungen" sind Stimuli für weiteres "Lernen" und wachsende Ansprüche an parlamentarische Unterhändler.

- die **Unvereinbarkeit gesellschaftlicher Ordnungsutopien**. Hier wird den einen die Orientierung am Ziel einer Gesellschaft gemäß traditionell kommunistischer oder sozialistischer Vorstellungen unterstellt, was heißt, für Institutionen wie vergesellschaftete Produktionsmittel, staatliche Planung und Rätedemokra-

tie zu plädieren, während die anderen eine (durchaus spezifizierte) Fortentwicklung bestehender Institutionen anstreben. Auch gegen diese Erklärungshypothese bestehen starke Einwände. Nicht nur werden beide "Utopien" nur mit großer Zurückhaltung und unter Einräumung von Zweifeln und erheblichem Klärungsbedarf vertreten, sondern sie sind so wenig instruktiv für die politische Praxis, daß viele der von beiden Seiten für einen mittelfristigen Zeitrahmen vorgeschlagenen Maßnahmen identisch sind (vgl. das unter Beteiligung beider Strömungen entstandene "Umbauprogramm" von 1986).

So enthalten zwar alle drei Erklärungsansätze zentrale Differenzierungsmomente des innerparteilichen Konflikts, aber überzeugen nicht als Kausalerklärungen für die Reproduktionsdynamik der Faktionierung. Gerade weil sich die Liste kontroverser Themen und Deutungen beliebig verlängern läßt, sind die Themen und Selbstbeschreibungen der Akteure nicht geeignet, die Dauer, die Intransigenz und die reichlich Aufmerksamkeit und Aktivitäten anziehende Tiefe des Konflikts zu erklären. Zwar taugen die Erklärungsvorschläge als Beschreibung einzelner Aspekte der Auseinandersetzung, teilweise auch als deren thematischer Stoff, erscheinen also als Teil des Konflikts selbst, aber sie erhellen weder dessen strukturelle noch seine motivationale Dynamik. Wäre der grüne Konflikt tatsächlich so einfach, würde es sich für viel mehr Teilnehmer lohnen, Kompromisse zu schließen, da sie neben den gemeinsamen Kosten (dem Verlust von WählerInnen) auch die individuellen Nachteile (Verlust von Karrierechancen) erkennen und beide durch Konfliktenthaltung mindern können.

Erklärungen der vorgestellten Typik versagen gegenüber zwei Fragen: Warum ist es trotz mehrerer naheliegender Anschlüsse nicht zu neuen "Mischungen" im Ziel- und Mittelverständnis gekommen, sodaß Gesichtspunkte diffundieren und die Lager erodieren konnten? Was erhält oder fördert die Verselbständigung der jeweiligen (Strömungs-)Diskurse, obwohl es immer wieder vorkommt, daß Individuen in den drei Dimensionen (politische Herkunft, Mittelverständnis und Utopie) durchaus eigensinnige Zuordnungen vornehmen? Ehemalige K-Gruppen-Mitglieder, die für Koalitionsbereitschaft und das Fernziel einer libertär-sozialistischen Gesellschaft plädieren, sind nicht ungewöhnlicher als "radikale" Ökologen, die die Einbindung der Partei ins politische System fürchten, aber keine weiterreichenden Ziele haben als einen ökologisch reformierten Kapitalismus. Ein Prototyp für derart gemischte Präferenzen ist z.B. Petra Kelly, die als gleichermaßen passionierte Gegnerin jeder Zusammenarbeit mit der SPD wie auch der "ökosozialistischen" Kader und ihrer staatsrechtlichen, außen- und friedenspolitischen Positionen bekannt ist.

Statt nach weiteren Phänomenen Ausschau zu halten, die genaugenommen nur Wirkungen der Faktionierung, aber nicht deren Ursachen sind, ist besser nach allgemeineren Grundlagen und spezielleren Reproduktionsfaktoren der Lagerbildung zu fahnden. Dafür wird im folgenden eine spieltheoretische Rekonstruktion von zwei typischen Konfliktsituationen vorgeschlagen. Zwei Spielkonfigurationen, das Gefangenendilemma und das "chicken game" ("chicken" meint hier Angsthase), sind geeignet zu erklären, wie

das Bemühen beider Seiten um "beste" Entscheidungen auf die laufende Reproduktion eines Zustandes hinausläuft, der sowohl für jede einzelne Strömung als auch für die Partei als ganzes der schlechteste von allen möglichen ist. Die Konfliktkonstellation des Gefangenendilemmas kanalisiert die rationalen Entscheidungen jeder Seite in der Weise, daß das Ergebnis individuell und kollektiv suboptimal ausfällt. Das Dilemma kann nicht durch unkoordinierte Willensakte überwunden werden, weil die Situation jedes einseitige Kooperationsangebot in einen Akt der Selbstbeschädigung verwandelt.

Das Gefangenendilemma vermag die Dauerhaftigkeit des Konflikts auf zwei komplementären Wegen zu erklären. Sie folgt einerseits aus der strukturellen Instabilität kooperativer Lösungen und andererseits daraus, daß die Interaktionsstruktur durch subjektive Wahrnehmungen bestätigt und erhalten wird: Die Spieler gewinnen die "wahre", wenngleich nicht vollständige Erkenntnis, daß die unliebsamen Konfliktfolgen der Entscheidung des jeweils anderen zuzuschreiben sind. So erhält sich der Konflikt durch einen nichtintendierten, aber unvermeidbaren Makroeffekt des individuell rationalen Handelns beider Lager, welcher systematisch unzureichende, aber komplementäre und widerspruchsfreie Deutungen der Situationen begünstigt. Der Makroeffekt bestätigt die differierenden "gegnerorientierten" Konfliktdeutungen.<sup>2</sup> Solange derart evidente Deutungen fortbestehen, ist eine nüchterne Kenntnisnahme der kontra-intentionalen (und kontra-intuitiven!) Mikro-Makro-Verknüpfung, deren Verständnis Voraussetzung eines zu anderen Situationswahrnehmungen und strategischen Präferenzen führenden Lernprozesses ist, höchst unwahrscheinlich.

#### 4. Die Konfliktkonstellation

In den folgenden Überlegungen ist unterstellt, daß nicht einfach Personen mit einer simplen Präferenzordnung (Kooperation vor Enthaltung, Gewinn vor Verlust o.ä.) einander konfrontiert sind, sondern Akteure, die ihre Entscheidungen in der Orientierung an einer je **spezifischen Denkweise** treffen, wenn sie um Einfluß auf Profil und Politik der GRÜNEN konkurrieren. Die "Denkweisen" sind von grundsätzlich verschiedener Art und können durchaus als akteurspezifische "Weltbilder" verstanden werden, welche Identitätsdefinitionen des Akteurs, seine höchsten "Werte", Zielutopien sowie Vorlieben für bestimmte Mittel und Wege des Handelns umschreiben. Weil für jeden seine höchsten Ziele die härtesten Zwänge darstellen (Simon 1964) bedeuten "richtige" Problemanaly-

---

2) Inwieweit Nebenfolgen wie persönliche Feindschaften und die Bedeutung der Strömungszugehörigkeit für persönliche Identität zusätzlich zur Befestigung der Konfliktfronten beitragen, wird hier nicht geprüft. Wären solche nicht zwangsläufigen Wirkungen ein zentraler Faktor in der Reproduktion des Konflikts, dann würde es sich für "unbelastete" Newcomers lohnen, sich ihnen zu entziehen und die auf integrativen Beiträgen stehenden Prämien zu kassieren.

sen in jeder Denkweise etwas anderes. In einer grob vereinfachten Fassung ergeben sich folgende Differenzen:<sup>3</sup>

F: Grundlegende Probleme (Umweltzerstörung, Rüstung, Armut der 3. Welt) lassen sich nur mit tiefgreifenden (radikalen) Mitteln lösen. Kompromisse sind untauglich, Kooperation mit Andersmeinenden ist selbstzerstörerisch, Gegner sind thematisch universal, Zuwarten ist besser als Draufloshandeln.

R: Der Kontext aller Probleme besteht aus "schlechten" und "guten" Tatsachen. Die schlechten können nicht alle auf einmal, manche sogar nur schrittweise "gebessert" werden. Totaländerungen bergen Risiken. Kompromisse sind unvermeidbar, Kooperation ist nötig, Gegner sind thematisch spezifisch, partielle Reformen sind besser als Zuwarten.

Beide Denkweisen dienen den Akteuren als orientierende Sozialtheorien und weisen an unterschiedlicher Stelle spezifische Lücken auf. Um Argumente, Präferenzordnungen und Handlungen zu begründen, müssen (jeweils verschiedene) **Zusatzannahmen** eingeführt und geglaubt werden. Diese bauen auf einen impliziten Konsens im strömungsspezifischen Diskurs, entbehren weitgehend argumentativer Begründungen und bestätigen sich im Modus von Selbstreferenz:

F: Evidenz vermittelt die Verknüpfung von Argumenten mit Gegnerdefinitionen und Strukturbegriffen (z.B. Industrialismus, Kapitalismus) des bevorzugten Weltbilds. Das verwendete Kausalwissen ist streng vergangenheitsorientiert ("historisch gesichert"). Strukturbegriffe verbürgen historische Kontinuität. Unsicherheit wird selbstbezüglich durch Vergewisserung an der Kontinuität des eigenen Denkens bewältigt.

R: Evidenz entsteht fallweise aus unverbundenen Hypothesen über Kausalwirkungen in relevanten Handlungszusammenhängen. Das Kausalwissen ist gegenwartsorientiert oder ausgesprochen "prognostisch". Es wird immer wieder (selbst und von Dritten) in Frage gestellt. Evidenzen sind spezifisch und temporär. Handlungsvorschläge erscheinen umso "unsicherer" je anspruchsvoller die postulierten Ziele sind - und umgekehrt. In Zweifelsfällen wird Priorität auf die Gewinnung von Einflußchancen ("Macht") gelegt, über deren Verwendung auch später entschieden werden kann.

---

3) Die dem fundamentalistischen bzw. dem realpolitischen Flügel hier zugeschriebenen Positionen (F bzw. R) mögen zwar überspitzt oder als Karikaturen erscheinen, aber stellen m.E. die orientierenden Grundmuster beider Argumentationsweisen dar. Sie sind allerdings nicht ohne weiteres individuell zuschreibbar. Ihre Geltung erlangen sie weniger durch vollständige affirmative Erklärung, sondern eher dadurch, daß Argumentationen entlang dieser Linien den strömungspolitischen Ort des Sprechers sicher zu identifizieren erlauben.

Werden die rivalisierenden Weltbilder in dieser Allgemeinheit charakterisiert, so mag deutlich werden, daß sie der unaufhebbaren Unsicherheit über die Folgen politischer Intervention auf je besondere Weise Rechnung tragen. Der F-Diskurs verleiht der Kontinuität von Selbstdeutungen und Präferenzen Priorität vor möglichen Anlässen für eine Präferenzänderung, die man sich selbst zuzurechnen hätte und unbedingt zu vermeiden trachtet. Der R-Diskurs unterläuft das Unsicherheitsproblem durch Argumente für die Beschaffung von nichtzweckgebundenen Mitteln: Organisationswachstum, Wählerstimmen, Bargainingpositionen, Kooperationsverträge.

Auf diesem Abstraktionsniveau ist bereits erkennbar, warum Mischungskonzepte und Vermittlungsvorschläge in ihrer Orientierungskraft den "Originalpositionen" unterlegen sind. Die Einführung von Elementen des einen Diskurses in den anderen gelingt nicht ohne das Beigepäck der jeweiligen Deutung, was das Schlimme an "Unsicherheit" und was demgemäß das beste "Gegengift" ist: Akteurkontinuität ("Identität") oder Akteurdiskontinuität ("Macht"). Der Handel mit "fremden" Unsicherheitsmomenten stärkt zwar den Exporteur, aber schwächt den "Importeur". Gleichzeitiges Bemühen um Kontinuität (d.h. Resistenz gegenüber "Lernanlässen!") und Machtgewinn (d.h. Präferenzadaptation aufgrund veränderter Gelegenheiten!) frustriert die Handlungsrationaltäten beider Diskurse. Eine Aussage des Typs "Mit kleinen Schritten zur Verwirklichung unserer Utopie" zieht beide Argumentationsquellen ins Lächerliche.

Als letzte Rettungsanker in den Wogen von Handlungsunsicherheit oder, etwas weniger pathetisch: als letztinstanzliche Referenzpunkte der Entscheidungslegitimation, fungieren drastisch vereinfachte Rationalitätsformeln:

F: Fortschritt i.S. der politischen Ziele hat (v.a.) zur Voraussetzung, daß man sich selbst treu bleibt.  
**Praktisches Entscheidungskriterium:** uneingeschränkte (radikale) - statt - verhaltene Identitätsbekundung.

R: Fortschritt i.S. der politischen Ziele hat (v.a.) zur Voraussetzung, daß möglichst viele Menschen und Entscheidungsgelegenheiten erreicht werden.  
**Praktisches Entscheidungskriterium:** breite statt begrenzte Wählermobilisierung.

Wann immer die GRÜNEN eine ihre Faktionierung aktualisierende Kontroverse über "wichtige" Entscheidungen (hinsichtlich Personal, Programm oder Strategie) austragen und dabei mit der Unsicherheit über Entscheidungsfolgen und künftige Handlungschancen konfrontiert sind, neigen sie zu einer von zwei Problemreduktionen. Dann entscheiden typischerweise die einen

F: über eine Identitätsfrage ("Wer sind wir?")  
 und die anderen

R: über eine Zweck-Mittel-Frage ("Was/wie wollen wir?").



## 5. Die Logik des "Normalkonflikts"

Im Alltagsgeschäft der Interaktion zwischen den Repräsentanten der beiden Diskursströmungen entspricht die Konfliktkonstellation dem "Gefangenendilemma". Jeder Teilnehmer hat zwei Alternativen:

F wählt zwischen einer verhaltenen Identitätsbekundung, welche im Prinzip die Kooperation mit R ermöglicht (Abb. 1, Spalte K wie Kooperation), und einer forcierten Identitätsbekundung, welche dem eigenen Weltbild Vorrang verleiht (Abb. 1, Spalte E wie Enthaltung bzw. Egoismus).

R wählt zwischen einer begrenzten Wählermobilisierung, die auf "Übersetzungsleistungen" zur Gewinnung neuer Wähler verzichtet und im Prinzip die Kooperation mit F ermöglicht (Abb. 1, Zeile K), und einer breiten Wählermobilisierung, welche der Akkumulation von Handlungsressourcen ("Macht") auf Kosten von F's Kontinuitätsbedarf Vorrang verleiht (Abb. 1, Zeile E).

Aus den zwei mal zwei möglichen Alternativen ergeben sich vier alternative Konfliktergebnisse (Abb. 1 die Felder A, B, C und D). Diese sind in ihrer Merkmalsstruktur eindeutig bestimmt und werden von beiden Seiten ex ante gedeutet und bewertet. Natürlich haben sie für F und R entsprechend der unterschiedlichen Weltbilder auch eine sehr verschiedene Bedeutung. Sie ergibt sich aus der Interaktion der von F respektive von R gewählten Handlungsalternativen. Ein und dasselbe Ergebnis, wie z.B. das Feld B in Abb. 1, hat zwei grundverschiedene Bedeutungen. Was für F das absolut beste Resultat ist, da es sich um eine Kombination der eigenen Lieblingsalternative mit R's schlechterer Alternative handelt, ist für R das schlimmste, was zu befürchten anstand. Genau umgekehrte Deutungen erfährt das Feld C. Es ist das Wunschergebnis für R und die Hölle für F. Lediglich ein Fall (D) hat für beide Seiten denselben ungünstigen Wert: die Pattsituation der gemeinsamen Lähmung, die als stabiles Schisma oder als Vorstufe zur Spaltung interpretiert werden kann.

Indem also jede Seite die vier möglichen Ergebnisse in ihrem jeweiligen Weltbild auf ihre Weise bewertet, entsteht zunächst eine "Deutungsmatrix" (Abb. 1):

Abb. 1

		Fundis Identitätsbekundung	
		verhalten (K)	forciert (E)
R b e e a g l r o e s n z t W ä h l l . M r o b i t l i s (E) .	(K)	<u>F</u> : Durststrecke, Erholungsphase  <u>R</u> : Stagnation, Niedergang	<u>F</u> : Radikalität, programm. Offensive  <u>R</u> : Sekte, Wirkungslosigkeit
	(E)	<u>F</u> : Opportunismus, Ausverkauf, Ideale  <u>R</u> : Machtzuwachs, parlam. Offensive	<u>F/R</u> : Lähmung, Schisma, Spaltung?

Aus der "Deutungsmatrix" läßt sich nun unschwer für jede Seite die Rangfolge der vier alternativen Resultate (Felder) entnehmen. Beide Rangfolgen lassen sich sodann als (ordinalskalierte) Präferenzordnungen aufschreiben:

F: Radikalität > Durststrecke > Lähmung > Opportunismus

also: B > A > D > C

(bzw. 2 > 1 > 0 > -1)

R: Machtzuwachs > Stagnation > Lähmung > Sekte

also: C > A > D > B

(bzw. 2 > 1 > 0 > -1)

Durch Eintragung der Ordinalwerte in die entsprechenden Felder der Matrix entsteht das klassische Gefangenendilemma mit dem kollektiv suboptimalen Gleichgewichtspunkt im Feld D (Abb. 2):

Abb. 2

		Fundis' Identitätsbekundung	
		verhalten (K)	forciert (E)
R b e e a g l r o e s n z W t ä (K) h l . M r o e b i t l i s (E) .	b	F: 1 reward	F: 2 temptation
	e	R: 1 reward	R: -1 sucker
		A	B
		C	D
	b	F: -1 sucker	F: 0 punishment
	e	R: 2 temptation	R: 0 punishment

Gespielt wird, indem F von oben nach unten auf das Spielfeld blickt und sich zwischen der K- und der E-Spalte entscheidet. Wählt er K, so erhält er im günstigsten Fall den Wert 1, im ungünstigsten Fall den Wert -1. Wählt er E, so erhält er maximal 2 und minimal 0. Also ist E seine beste Strategie.

Genauso sieht die Situation in der Perspektive von R aus, der von der linken Seite aus auf die Auszahlungswerte der K- und der E-Zeile blickt. Auch für ihn ist E die beste Strategie. Jeder Spieler sichert sich mit E den Zugriff auf das bestmögliche Resultat und läuft dabei das geringstmögliche Schadensrisiko. D.h. jeder handelt rational, wenn er von Kooperation Abstand nimmt und gleich einem Westernheld "seinen Weg geht".

Die spieltheoretische Rekonstruktion macht folgendes deutlich:

(1) Einseitige (kooperativ gemeinte) Vorleistungen, indem mit der Wahl von K das Feld A angesteuert wird, sind unwirksam. Sie eröffnen dem anderen die Möglichkeit, das für ihn beste Ergebnis zu realisieren.<sup>4</sup>

(2) Absprachen sind unwirksam, weil es an Anreizen zur Einhaltung fehlt. Die Ordinalwerte verdecken, daß die Akteure in der Realität oft eine geringere Differenz zwischen A und D (reward

4) Der Autor glaubt, damit eine rationale Erklärung für eigene Erfahrungen mit "ausgebeuteten" Kooperationsangeboten in grünen Entscheidungsgremien gefunden zu haben.

bzw. punishment) wahrnehmen als zwischen B und A (für F) oder C und A (für R), d.h. zwischen temptation und reward. D.h. zweierlei: (a) Kooperation (Feld A = reward) liefert ein an den eigenen Ansprüchen (= temptation) gemessen immer noch recht ungünstig erscheinendes Ergebnis. (b) Im eigenen Weltbild mangelt es an einer Rechtfertigung dafür, daß um einer Absprache mit Andermeinenden (Feld A) zu genügen, auf die Realisierung des eigenen Ziels bzw. die Verbesserung der eigenen Handlungssituation (temptation in Feld B bzw. C) verzichtet wird.

(3) Darum wird notwendig im Wege der rationalen Abwägung der vorhandenen Möglichkeiten, aber durchaus kontra-intentional das Feld D, d.h. der Zustand wechselseitiger Lähmung erreicht.

(4) Dieses Konfliktergebnis kann gemäß einer "wahren", aber unvollständigen Kausalerklärung immer dem "anderen" zugeschrieben werden. Hätte dieser kooperiert, wäre entweder die absolut beste Situation (Feld B bzw. C) oder die vergleichsweise bessere Situation der Durststrecke/Stagnation (Feld A) realisiert worden.

(5) Die formale Richtigkeit dieser Kausaldeutung des Konflikts bestätigt die Wahrnehmung eines "bösen Gegners" und fördert die Personalisierung der Konfliktursachen. Mit der immer wieder bestätigten Annahme, daß der andere "unkooperativ" ist und bleibt, agieren alle Beteiligten im Modus einer "self-fulfilling prophecy".

Zum Zwecke der Übertragung der spieltheoretischen Analysebefunde auf die empirische Handlungssituation ist noch folgendes zu ergänzen. Die Stragiewahlen (K bzw. E) sind nur sehr bedingt mit dem individuellen Entscheidungsverhalten von Mitgliedern und Delegierten in formalen Abstimmungsverfahren zu identifizieren. In der Tat werden alle verbindlichen Entscheidungen in den GRÜNEN nach dem Mehrheitsprinzip getroffen und es ließe sich auch für einige Fälle gut belegen, daß individuelle Stimmabgaben durchaus als Kooperation mit oder Distanzierung von der jeweils anderen Strömung "gemeint" sind. Doch diese Interpretation trifft nicht den Kern des Konflikts. F's Alternativen, seinen Identitätsbedarf forciert oder gebremst zu stillen, sowie R's Alternativen einer breiten oder verhaltenen Wählermobilisierung kommen in erster Linie in den Entscheidungsprämissen zum Ausdruck, die jede Seite in ihre Zustimmungsofferten und Beschlußvorlagen (Proklamationen, Reden von Amtsträgern, Anträge, Resolutionen etc.) aufgrund einer autonomen Abwägung einbaut. F's respektive R's Alternativen liegen typischerweise in der Entscheidung für oder gegen demagogische Argumente, welche die Gefühle der entscheidenden Delegierten zu wecken geeignet sind ("Sollen wir zu Verrätern an uns selbst werden ...?"), eine irrealen Spannweite von Alternativen behaupten ("Dürfen wir dafür unsere Ziele so einfach aufgeben ...?") oder mögliche Handlungsfolgen als sichere behaupten ("Damit landen wir automatisch unter drei Prozent ...!").<sup>5</sup> E-Strategien beinhalten

---

5) Im weiteren Erklärungsschritt wäre auf Traditionsdefizite der GRÜNEN als „Partei neuen Typs“ zu verweisen. Ein Rahmen für traditionshaltigere Kommunikationen (wie etwa in der SPD) entsteht i.d.R. als Folge von scharfen Selektionskriterien für politische Karrieren, die nur denen einen unsanktionierten Gebrauch patheti-

(Forts.)

regelmäßig die Leugnung der Komplexität des Handlungsfeldes und der Notwendigkeit, auf multiple Rationalitäten Rücksicht zu nehmen. Entscheidend für die Kontinuität des grünen Konflikts sind die fortlaufende (Vor-)Strukturierung und Interpretation der Handlungsalternativen, d.h. die Deutungsleistungen der Akteure (die auch jede Seite über die andere informieren), nicht jedoch deren Ratifikation durch Mehrheitsentscheidungen innerhalb des im Konflikt aufgerissenen Alternativenrahmens.

#### 6. Die Logik "zugespitzter" Konfliktlagen

In zugespitzten Situation gibt es für beide Seiten ein noch ungünstigeres Ergebnis als die Unterordnung unter das Weltbild des Gegners und dessen strategische Priorität. Gemeinsame Handlungsunfähigkeit bzw. die Gefährdung der von beiden Seiten geteilten Bestandsprämissen ist das Allerschlimmste. Ein konkretes Beispiel ist das Handeln der GRÜNEN vor der Landtagswahl 1986 in Niedersachsen, die wenige Wochen nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl stattfand. In einer Strategiedebatte über Möglichkeiten und Konditionen einer Kooperation mit der SPD (im Juni 1986 auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Hannover) gelang es Vertretern des F-Flügels, die Partei auf eine maximalistische Position festzulegen. Den Vertretern des R-Flügels blieb nur die Wahl, diese Festlegung zu bestreiten und die Gespaltenheit der GRÜNEN (wenige Tage vor der als bedeutend eingeschätzten Landtagswahl) zu demonstrieren - oder aber mit einigen verbalen Retuschen in den Maximalismus einzuwilligen. Letzteres geschah.

Die Deutungsmatrix der zugespitzten Situation (Abb. 3) unterscheidet sich lediglich im Feld D vom oben beschriebenen Gefangenendilemma (Abb. 2): *Es findet eine Veräusserung des "schlimmsten" und des "zweit-schlimmsten" der möglichen Resultate statt.*

---

5(Forts.)

scher Formeln gestatten, die das allumfassende Parteiinteresse beschwören. Oder es bedarf konstitutioneller Ausschlußregeln für "unfaire" Argumente, worauf am Rande der "Rational-Choice"-Debatte hingewiesen wird (z.B. Elster 1987: 119; Goodin 1986). Letztere erlauben es entweder, den Urheber einer bewußten Irreführung zu bestrafen, oder gestatten es der Versammlung, das fragwürdige Ergebnis demagogisch erzeugter Stimmungen einem zweiten Blick zu unterziehen.

Abb. 3

		Fundis' Identitätsbekundung	
		verhalten (K)	forciert (E)
R e a g l r o e s n z t W ä h l . M r o b i t l i s . (K)	(K)	<u>F</u> : Durststrecke, Erholungsphase	<u>F</u> : Radikalität, programm. Offensive
		<u>R</u> : Stagnation, Niedergang	<u>R</u> : Sekte, Wirkungslosigkeit
. b r e i t l i s . (E)	(E)	<u>F</u> : Opportunismus, Ausverkauf Ideale	<u>F/R</u> : Handlungs- unfähigkeit, gemeinsame Niederlage
		<u>R</u> : Machtzuwachs, parlam. Offensive	

Der Deutungsmatrix entsprechen die folgenden Präferenzordnungen:

F: Radikalität > Durststrecke > Opportunismus > Niederlage

also: B > A > C > D

bzw. 2 > 1 > 0 > -1

R: Machtzuwachs > Stagnation > Sekte > Niederlage

also: C > A > B > D

bzw. 2 > 1 > 0 > -1

Das Spiel ist ein "chicken game" (Abb. 4):

Abb. 4

		Fundis' Identitätsbekundung	
		verhalten (K)	forciert (E)
R b e e a g l r o n s z t W ä h l . M o b i l i s .	(K)	F: 1 reward	F: 2 temptation
	(E)	R: 1 reward	R: 0 sucker
		A	B
		C	D
		F: 0 sucker	F: -1 punishment
		R: 2 temptation	R: -1 punishment

Die angemessene Strategie ist die möglichst frühzeitige Selbstfestlegung jedes Spielers auf seine E-Option, die ihm das absolut beste Ergebnis verspricht. Verliert er den Wettlauf um den ersten Zug, ohne es zu merken, so stellt er für beide die absolut schlechteste Situation her. Denn wer sich zuerst entscheidet, zwingt den aufmerksamen und rational kalkulierenden "anderen" zur Kooperation. Die Kooperation des Zweiten verschafft dem Ersten sein Gewinnmaximum (B bzw. C), aber ist auch für den Zuspätgekommenen besser als eine gemeinsame Niederlage.

Anhand des "chicken game" wird erklärlich, warum es immer wieder in kritischen Momenten, wenn der Fortbestand der Organisation für beide Strömungen auf dem Spiele zu stehen scheint, zur Pseudo-Kooperation kommt: Es gibt noch Schlimmeres als dem innerparteilichen Konkurrenten einen Vorteil zu verschaffen. Daß daraus kein (Meta-)Spiel des abwechselnden "Gebens und Nehmens" erwächst, sondern jedes Mal ein "one-shot game" des Wettlaufs um das Erstplazieren einer crash-Strategie stattfindet, wurde bereits am Beispiel des Gefangenendilemmas erklärt: Einseitige Vorleistungen sind selbstschädigend.

## 7. Schlußfolgerungen

Zwei-"Personen"-Gefangenendilemmata werden überwindbar entweder (1) durch Iteration des Spiels und die "Evolution" einer Metastrategie der bedingten Kooperation, (2) durch die Einwirkung Dritter bzw. mit Hilfe kooperationsfreundlicher institutioneller Rahmenbedingungen (die außerhalb der Disposition von Ego und

Alter bleiben!) oder (3) durch einen genuinen Präferenzwechsel der Teilnehmer.

Ad (1): Diese Lösung setzt zweierlei voraus: verlässliche Informationen über den anderen und eine hohe Bewertung der zukünftigen Konfliktergebnisse. Es ließe sich zeigen, daß beide Bedingungen unter den Unsicherheiten des Entscheidens in kleinen oppositionell bzw. reformpolitisch engagierten Parteien nicht erfüllt sind. Im Regelfall wird jede Begegnung zum "one-shot game". Wer eine Begegnung als Anfang oder Teil einer Kooperationssequenz interpretiert, offeriert damit dem anderen einen Anreiz zur Kooperationsenthaltung. Liefert sie ihm doch ("endlich") das Ergebnis, das er ("eigentlich") will.

Ad (2) Der Autonomiebedarf politischer Akteure läßt freiwillige Vereinbarungen oder die Kreation schiedsrichterlicher Regelungen nicht zu. Lediglich die Aussicht auf günstige oder "bessere" Wahlresultate als eine wichtige Rahmenbedingung der weiteren Existenz mag gelegentlich zur Kooperation anzureizen. Denn auch der F-Flügel kann auf Wahlerfolge nicht verzichten. Solange die Wähler die Desintegration der Partei noch ignorierten und von Wahlenthaltung oder einer Stimmabgabe zugunsten anderer Parteien absahen, konnte der F-Flügel als Trittbrettfahrer der ungeliebten R-Aktivitäten agieren. Stagnation bzw. Rückgang des Stimmenanteils zwingen ihn - mangels gleichwertiger Existenzchancen außerhalb der Partei - zur Anerkennung der gemeinsamen Bestandsprämisse 'Wahlerfolg'. Das bedeutet jedoch nicht den Übergang zur Kooperation, sondern eine Konfliktverschärfung. Die Interaktion der Rivalen wird nicht zum "assurance game", sondern zum "chicken game".

Ein dritter Flügel (etwa die Gruppe "Aufbruch 88") könnte für beide Stammflügel wie eine Veränderung der Konfliktkonstellation wirken. U.U. würden sogar "assurance games" der "Dritten" mit dem F- oder mit dem R-Flügel möglich. Geringere Weltbildinstanzen zu beiden Seiten könnten zur Aufwertung des Feldes A führen. Das würde einen höheren Wert des Verhältnisses von reward und punishment (Feld A zu D) bzw. einen geringeren Trittbrettfahrervorteil i.S. des Verhältnisses von temptation zu reward ergeben. Schwierigkeiten der Etablierung einer dritten Kraft im Spannungsfeld zwischen F- und R-Flügel ließen sich allerdings in der Vergangenheit an den Karrierebemühungen von Personen beobachten, die dem Bestandsinteresse der Organisation (ähnlich wie in anderen Organisationen) besondere Bedeutung beileigten. Derart "Organisationsfixierte" wurden von keiner Seite ernst genommen und erhielten zuwenig Mitgliederunterstützung, um eine eigenständige Kraft zu bilden.

Ad (3) Ein genuiner Präferenzwandel, der von wesentlichen Veränderungen in den maßgeblichen Weltbildern ausginge, liegt streng genommen außerhalb der spieltheoretischen Analyse. Er würde sich in veränderten oder ganz anderen Rationalitätsformeln niederschlagen und den K- und E-Strategien einen neuartigen Sinn verleihen. Daraus ergäben sich veränderte Deutungen der Interaktionsresultate und schließlich andere Präferenzen. Somit läßt sich allenfalls über empirische Voraussetzungen eines Präferenz-



wandels spekulieren. Als sicher kann gelten, daß er nicht aus der Logik der Zweispielersituation heraus entsteht. Denn beide Seiten nehmen sich strategisch als Strategen wahr. Versuche des wechselseitigen Überzeugens lassen sich in keinem Detail von Versuchen des wechselseitigen Täuschens unterscheiden.

Quintessenz des **sachlichen** Resultats der Analyse: Der Grundkonflikt der GRÜNEN kann wohl nur aufgrund einer veränderten Situation (z.B. dank eines "dritten" Akteurs) oder als Folge einer Neudeutung der Situation, d.h. in Abhängigkeit von einem unübersehbaren (exogenen) Anlaß, einer "Lösung" näherrücken. Die Aufforderung an eine der beiden Seiten, im Interesse der anderen Seite zu verschwinden, ist keine Lösung. Sie bestätigt dem Adressaten nur seine Bedeutung als Einflußgewicht. Hat die je schwächere Seite außerhalb der Organisation keine besseren Alternativen, wird sie bleiben. So werden beide Seiten weiterhin versuchen, den gegnerischen Diskurs in Zweifel zu ziehen und die eigenen Argumente auszubauen, um die quantitative Marginalisierung der "anderen" durch Veränderung der Zustimmungsbereitschaft von Mitgliedern und Delegierten zu erreichen. Hier bestehen offensichtlich Entwicklungschancen. Denn es ist unwahrscheinlich, daß beide Diskurse exakt im selben Maße ausbaufähig, kritikabel und selbstreferentiell sind. Gegenwärtig scheinen die Argumentationen des F-Flügels an Boden zu verlieren.

Quintessenz der **spieltheoretischen** Heuristik: Sie erlaubt eine eindeutige Sortierung von (realen und möglichen) Handlungen danach, ob sie im Dilemma stattfinden oder **außerhalb** desselben, wobei allein letztere geeignet sind, die Konstitutionsbedingungen des Dilemmas zu verändern. Genaugenommen erklärt der **spieltheoretische** Ansatz "nur": erstens, daß und warum die im Dilemma gegebenen Alternativen das Dilemma reproduzieren; zweitens, welche Randbedingungen das Konfliktergebnis "garantieren" und deshalb geeignete Ziele für außerhalb der Konfliktkonstellation gelegene "Lösungswege" sein können. Für ihre Nutzung mag die Konfliktkonstellation als Lernanreiz, Handlungsanlaß oder "constraint" fungieren, die "Lösungen" selbst sind in jedem Fall Ergebnis von kognitiven Innovationen und Handlungen unter nicht nur strategischen (sondern auch normativen) Prämissen. Im Zentrum der "Lösungen" steht ein Wandel der kollektiven Wirklichkeitswahrnehmungen im Anschluß an eine veränderte Art und Weise, über Wirklichkeit samt ihrer Dilemmata zu reden. Damit wäre als Nebeneffekt der **spieltheoretischen** Analyse anzusehen, daß sie mit einiger Genauigkeit auch den "logischen Ort" für solche Erklärungen bezeichnen kann, die außerhalb der Axiomatik rationalen Wahlhandelns liegen, aber deren voreilige Einführung nicht selten die Verhüllung des zu erklärenden Gegenstandes im Nebel seiner "Selbstdeutungen" bewirkt.